

---

---

# Wie weiter? Zur Zukunft des Postkeynesianismus

Engelbert Stockhammer, Paul Ramskogler

---

---

## 1. Einleitung

Der Postkeynesianismus (PK) ist in einer kritischen Phase. Postkeynesianische ÖkonomInnen (PKÖ) haben sich in einem zunehmend feindlichen Klima an den Universitäten eine vom *Mainstream* de facto ignorierte Nischenexistenz aufgebaut. Gleichzeitig haben sich aber neue Herausforderungen ergeben. Einseitige Journal-Ratings und Forschungsevaluierungen degradieren ihre Arbeit.<sup>1</sup> Der *Mainstream* selbst ist differenzierter geworden. Darüber hinaus beginnen sich Nicht-*Mainstream*-ÖkonomInnen als heterodoxes Lager zu formieren.

Wie sollen PKÖ mit diesen Herausforderungen umgehen? Fontana und Gerrard (2006) argumentieren, dass viele PKÖ über mangelndes Wissen über den *Mainstream* verfügen und es zentral ist, dass PKÖ mit dem *Mainstream* kommunizieren. Colander et al. (2004) befassen sich allgemeiner mit der Frage der Beziehung zwischen *Mainstream* und Heterodoxie. Sie argumentieren, dass sich der *Mainstream* in einer grundlegenden Transformation befindet, an deren Endpunkt eine auf einer postwalrasianischen Revolution beruhende neue Orthodoxie stehen wird. Dieser neue *Mainstream* – so ihr Argument – wäre dann gegenüber allen Argumenten offen, solange sie nur in der Sprache der Mathematik formuliert wären. Dieser Standpunkt wird von Dutt (2005) und King (2008) kritisiert. Sie stellen in Frage, dass post-walrasianische Mikroökonomik tatsächlich auf dem Weg sei, einen neuen *Mainstream* herauszubilden. Darüber hinaus sei die Makroökonomik sogar mehr und nicht weniger orthodox geworden.

In diesem Artikel wird dagegen argumentiert, dass dieser Punkt für die Zukunft des PK keineswegs zentral ist. In der bisherigen Debatte ist die dialektische Beziehung zwischen akademischer Hegemonie und ökonomischer (und sozialer) Stabilität seltsamerweise vernachlässigt worden. Krisenzeiten schwächen dominante ökonomische Paradigmen, und dies eröffnet heterodoxen Strömungen neue Möglichkeiten. Der Fortbestand der Hegemonie des *Mainstream* wird daher entscheidend von der Lebensfähigkeit des sozioökonomischen Regimes abhängen. Als Basis einer Strategie für den PK werden hier daher Änderungen des Akkumulati-

onsregimes, Entwicklungen im *Mainstream* sowie Errungenschaften und Defizite des PK diskutiert.

Wesentlich wichtiger als die Beziehung zum *Mainstream* ist die Frage, ob der PK plausible Erklärungen zu den aktuellen sozioökonomischen Transformationen anbieten kann. Unsere Einschätzung wird hier gemischt ausfallen. Der PK hat wesentliche Einsichten im Bereich der monetären Ökonomie und der mittelfristigen Wachstumstheorie geliefert. Er hat damit Antworten zu manchen der dringlichsten Fragen unserer Zeiten – wie Finanzkrisen, Arbeitslosigkeit etc. – anzubieten. Dennoch sehen wir keinen Grund für PKÖ, sich auf ihren Lorbeeren auszuruhen. Gerade weil der PK in vielen Bereichen so hohen Erklärungsgehalt hat, ist es umso bedauerlicher, dass er zu vielen Phänomenen der realen Welt so wenig zu sagen hat. Viele angebotsseitige Phänomene wie die zunehmende Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien, soziale Fragen wie die Prekarisierung von Arbeitsbeziehungen und die Polarisierung der Einkommensverteilung sowie ökologische Themen werden vernachlässigt. Diese Themen werden über die Zukunft des PK entscheiden. Wir schließen daraus, dass der PK einen ausgezeichneten Ausgangspunkt für makroökonomische Analysen zu bieten hat, dass er allerdings seine Analyse weiterentwickeln muss. Hierbei sollten PKÖ bei der Entwicklung politisch relevanter, problemorientierter Alternativen zum *Mainstream* nach der Kooperation mit anderen heterodoxen Strömungen trachten.

Der Artikel ist wie folgt gegliedert. Der zweite Abschnitt beginnt mit einer kurzen Übersicht über wichtige soziale und ökonomische Entwicklungen im Postfordismus. Wir unterscheiden hierbei zwischen der Ära des Neoliberalismus und der Ära des aufgeklärten Neoliberalismus. Der dritte Abschnitt befasst sich dann mit der Entwicklung des wirtschaftswissenschaftlichen *Mainstream* in der Phase des Postfordismus. Im vierten Abschnitt wird die Entwicklung des PK diskutiert, und es wird versucht, seine Errungenschaften, aber auch seine Schwächen aufzuzeigen. Der fünfte Abschnitt ist dann einer möglichen Strategie für die zukünftige Entwicklung des PK gewidmet. Der sechste Abschnitt enthält Schlussfolgerungen.

## 2. Änderungen des Akkumulationsregimes

Da es zwischen der sozioökonomischen Entwicklung und der Entwicklung ökonomischer Theorien wichtige Wechselwirkungen gibt, beginnen wir mit einer Darstellung der bedeutendsten ökonomischen Entwicklungen dieser Periode.<sup>2</sup> Der Zeitabschnitt von den 1950er- bis zur Mitte der 1970er-Jahre markiert das so genannte „goldene Zeitalter“ des Kapitalismus.<sup>3</sup> Auf der Basis eines Klassenkompromisses (oder Waffenstillstandes) zwischen Kapital und Arbeit kam es unter einem aktiven Staat zu hohen Wachstumsraten. Die internationale Wirtschaftsordnung wurde durch

das Bretton Woods-System stabilisiert. Die meisten Staaten waren durch einen expandierenden öffentlichen Sektor, der die öffentliche Infrastruktur zur Verfügung stellte, gekennzeichnet, und die meisten Regierungen verließen sich im Falle von Rezessionen auf antizyklische Interventionen. Der Wohlfahrtsstaat entstand in vielen Ländern und stellte ein soziales Sicherheitsnetz zur Verfügung. Dieser stabile internationale und nationale Hintergrund ermöglichte einen beispiellosen Aufschwung, der zu hohem Beschäftigungswachstum führte.

Diese Periode des schnellen Wachstums endete Mitte der 1970er-Jahre. Die lang anhaltende Phase von Vollbeschäftigung versetzte die Arbeiterschaft in eine mächtige Position und führte zu einem Aufwärtsdruck auf das Lohnniveau. Arbeitskonflikte nahmen zu, was in Kombination mit zunehmendem internationalem Wettbewerb zu einer „Profitklemme“ (*profit squeeze*) führte.<sup>4</sup> Nicht zuletzt aufgrund eines Rückgangs der Investitionstätigkeit verlangsamte sich auch die Produktivitätsentwicklung. Die ökonomische Krise wurde durch einen sprunghaften Anstieg der Rohstoffpreise und den Ölpreisschock noch verschärft. Die daraus resultierende importierte Inflation trieb die Lohn-Preis-Spirale weiter an. Diese Entwicklungen führten zu einer stagflationären Phase, und die Arbeitslosenzahlen explodierten (gemessen an damaligen Standards). Diese Krise wurde weithin als Krise des Keynesianismus interpretiert. In der Politischen Ökonomie<sup>5</sup> wurde auch argumentiert, dass die Militanz der Arbeiterbewegung und der Anstieg der Inflation (der den Realzins in den 1970ern teilweise sogar negativ werden ließ) dazu geführt hätten, dass das Industriekapital seinen Waffenstillstand mit der Arbeiterschaft auflöste und sich mit dem Finanzkapital verbündete. Diese neue Allianz beendete daraufhin die keynesianische Wirtschaftspolitik. Tatsächlich kam Ende der 1970er der Umschwung zu neoliberaler Politik und damit der Beginn dessen, was wir als „Neoliberales Zeitalter“ bezeichnen.<sup>6</sup> Ein unerschütterlicher Glaube an die Effizienz freier Märkte wurde das Schlüsselement des neuen Katechismus. Im Herzen der neoliberalen Agenda stand dabei eine Neudefinierung der Kernaufgaben des Staates. Der Umschwung fand in mehreren Bereichen statt.

Zunächst übernahm die Geldpolitik eine Vorreiterrolle, indem sie die Zinsen am Beginn der 1980er massiv in die Höhe trieb. Als Kosten der Inflationsbekämpfung wurden hierbei Massenarbeitslosigkeit und eine Schuldenkrise in der Dritten Welt akzeptiert. Um konservative geldpolitische Maßnahmen zu erleichtern, wurde darüber hinaus die Unabhängigkeit von Zentralbanken propagiert und in den meisten Ländern auch erreicht. Aktive Fiskalpolitik dagegen wurde zu einem Sakrileg erklärt. Privatisierungen und Reduktionen des öffentlichen Sektors folgten.

Zweitens wurden starke Gewerkschaften zu den Hauptverantwortlichen der stagflationären Krise erklärt und kamen unter starken politi-

schen Druck. Während sie in den angelsächsischen Ländern den direkten Angriffen durch die Regierung ausgesetzt waren, wurde ihre Position in Westeuropa durch die hohe Arbeitslosigkeit unterminiert. Sie verloren an Stärke und Einfluss. Die Forderung nach möglichst unbeschränkten und freien Märkten führte zu einem Rückbau des Wohlfahrtsstaates, und die internationale Öffnung der meisten Volkswirtschaften erhöhte den Druck auf nationale Arbeiterklassen zusätzlich. Die Probleme der Gewerkschaftsbewegung, diesen Entwicklungen zu begegnen, führten zu einer massiven Einkommensumverteilung von Arbeit zu Kapital, zur Polarisierung der personellen Einkommensverteilung und zur Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse.

Drittens wurden die heimischen und internationalen Finanzmärkte schrittweise liberalisiert. Der Glaube an die Überlegenheit freier Märkte veranlasste zu einer massiven Propagierung des Freihandels und der unbeschränkten internationalen Kapitalmobilität. Dies führte zu fundamentalen Veränderungen der Finanzstrukturen. Die internationalen Kapitalflüsse wurden liberalisiert. Im nationalen Bereich hatte die zunehmende Deregulierung eine immer rasantere Entwicklung von Finanzinnovationen zur Folge, welche die Tür für spekulative Aktivitäten weit aufstießen. Beide Entwicklungen stärkten den Einfluss des Finanzsektors. Die realen Zinssätze stiegen deutlich über die Wachstumsraten des realen BIP. Finanzquoten wie z. B. die Aktienmarktkapitalisierung, der Umsatz von Derivaten oder grenzüberschreitende Kreditvergaben stiegen massiv.<sup>7</sup> Auch stieg der auf Finanzkapital entfallende Einkommensanteil deutlich an.<sup>8</sup> Darüber hinaus erhöhte die so genannte „*shareholder value revolution*“ den Einfluss von Finanzinvestoren auf Nichtfinanzunternehmen.<sup>9</sup> Diese strukturellen Veränderungen werden nun oft unter dem Begriff „Finanzialisierung“ diskutiert und haben zu einer Situation geführt, in der die wirtschaftliche Entwicklung vom Finanzsektor dominiert wird.<sup>10</sup> Zusätzlich haben diese Entwicklungen Finanzkrisen – die seit je her ein intrinsischer Bestandteil des Kapitalismus sind<sup>11</sup> – sowohl in ihren Auswirkungen als auch in ihrer Häufigkeit verstärkt. Von der Schuldenkrise der frühen 1980er über die Krise des EWS in den frühen 1990ern zu der Südostasien-Krise und den lateinamerikanischen Krisen der späten 1990er-Jahre über das Platzen der dot.com-Blase der frühen 2000er-Jahre in den USA bis zur jetzigen umfassenden Finanz- und Wirtschaftskrise waren und sind Finanzkrisen das konstante Charakteristikum des Finanzkapitalismus.

Die frühen 1990er-Jahre markierten dabei allerdings den Wendepunkt zu einer Phase, die wir als „aufgeklärten Neoliberalismus“ bezeichnen. Diese Wende hat zu einer Abkehr von der reinen Markt-Ideologie geführt und lässt nun beschränkte (und häufig parteiische) staatliche Interventionen zu. Durch diesen pragmatischeren Ansatz wurden einige Marktfehler mit Hilfe staatlicher Eingriffe abgefedert. Der Neoliberalismus war (wie

bei Friedman und Hayek) ein unverblümter, direkter Angriff auf den Wohlfahrtsstaat, der auf dem Postulat beruhte, dass freie Märkte sich nicht nur um sich selbst kümmern könnten, sondern staatlichen Eingriffen in jeder Hinsicht überlegen wären. Der aufgeklärte Neoliberalismus dagegen akzeptiert eine aktive Rolle für Regierungen, solange sie zeitlich beschränkt ist und nicht mit Marktanzreizstrukturen in Konflikt steht. Implizit wurde mittlerweile sogar anerkannt, dass Märkte Institutionen und den Staat brauchen.<sup>12</sup> Zentralbanken wird eine aktive Rolle im Fall von Finanzkrisen zugesprochen.<sup>13</sup> Es ist also wohl kein Zufall, dass der heutige Vorsitzende der Fed seine akademische Reputation als ein ausgewiesener Kenner der Ökonomik der Großen Depression erworben hat. Die seit Längerem am häufigsten empfohlene geldpolitische Regel – die Taylor-Regel – empfiehlt darüber hinaus eine antizyklische Geldpolitik, womit implizit eine Schwäche der vielbeschworenen Selbstheilungskräfte des Marktes eingeräumt wird. Nichtsdestotrotz wird darauf insistiert, dass langfristig gesehen natürlich nur freie Märkte wünschenswert seien.

Auch hinsichtlich der Arbeitsmarktpolitik wendete sich der aufgeklärte Neoliberalismus von der Forderung einer vollständigen Abschaffung wohlfahrtsstaatlicher Eingriffe ab. Nun ist das Hauptziel, Interventionen so auszugestalten, dass sie die Marktmechanismen ergänzen und die Marktanzreize unterstützen – ein Weltbank-Bericht hatte den vielsagenden Titel „Building Institutions for Markets“.<sup>14</sup> In Europa wurde dieser Ansatz unter dem Schlagwort der *Flexicurity* eingeführt.<sup>15</sup>

Generell sind Staatseingriffe aber auch im aufgeklärten Neoliberalismus einseitig. Erstens gibt es eine deutliche Schräglage hinsichtlich der Wahrnehmung von Klasseninteressen. Während in Finanzkrisen die Unterstützung unmittelbar, schnell und massiv ist, sind staatliche Eingriffe zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit bestenfalls als zurückhaltend zu bezeichnen. Zweitens gibt es einen Doppelstandard für das Zentrum und die Peripherie. Obwohl im Fall einer Finanzkrise im Norden expansive Politik eine Selbstverständlichkeit darstellt, werden die Länder der Peripherie dem rigiden Freimarktkatechismus unterworfen.<sup>16</sup>

Während die Arbeiterbewegung deutlich geschwächt wurde und bisher nicht in der Lage war, den gerade beschriebenen neoliberalen Entwicklungen effektiv etwas entgegenzusetzen, entwickelten sich zwei Wellen neuer sozialer Bewegungen, die ideologisch ebenfalls in Opposition zum Neoliberalismus stehen: In den 1980ern konstituierten die Ökologie-, die Friedens- und die Frauenbewegung die erste Welle und in den 1990ern die „AltermondialistInnen“<sup>17</sup> die Zweite. Diese Bewegungen operieren zu einem großen Teil neben konventionellen institutionellen Formen politischer Partizipation. Verglichen mit der traditionellen Arbeiterbewegung konnten sie dadurch eine deutliche, internationale Dimension erreichen. Letzteres ist ein Vorteil, der in Zeiten des globalisierten Kapitalismus kaum

überzubewerten ist. Allerdings führt die Existenz außerhalb traditioneller politischer Institutionen auch dazu, dass es diesen Bewegungen schwer fällt, direkten Einfluss auf politische Prozesse zu nehmen. Die Tatsache, dass es zwischen der traditionellen Arbeiterbewegung und den neuen sozialen Bewegungen nicht zu einer stärkeren Verbindung gekommen ist, stellt einen der Gründe für die anhaltende Schwäche der Linken dar.

Es lässt sich festhalten, dass das neoliberale Regime mit dereguliertem Finanzsystem zu anhaltenden sozialen Spannungen, einer zunehmenden Polarisierung und einer Serie von Finanzkrisen in nie zuvor gesehenem Ausmaß geführt hat. Während die Welt durch Finanz- und Wirtschaftsturbulenzen in ihren ökonomischen Grundfesten erschüttert wird, kommt auch die aufgeklärte Version des Neoliberalismus unter steigenden Druck und wird zunehmend in Frage gestellt.<sup>18</sup> Die Zweifel haben mittlerweile sogar ehemalige BefürworterInnen erfasst.<sup>19</sup> Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dies nicht ohne Rückwirkungen auf die dominanten akademischen Theorien bleiben. In welchem Ausmaß dies dem PK zum Vorteil gereichen wird, ist allerdings offen. Damit soll nicht nahe gelegt werden, dass die laufende Krise (oder irgendeine der Krisen, die in einem unreguliertem Finanzsystem künftig folgen werden) automatisch eine (post-)keynesianische Renaissance an den Universitäten auslösen wird. Allerdings erzeugt die Krise ideologische Spannungen und Verwirrung innerhalb des *Mainstream*. Dies sollte heterodoxen ÖkonomenInnen gewisse Spielräume eröffnen.

### 3. Der *Mainstream*: *plus ca change ...*

Eine Definition des *Mainstream* zu finden, war nie einfach. Um überzeugend zu sein, muss der *Mainstream* breit genug sein, um Debatten zuzulassen. Er kann also nicht vollständig homogen sein, sondern muss in gewissem Ausmaß unterschiedliche Sichtweisen zulassen. Anstatt ihn also mit einer bestimmten Theorie zu assoziieren, definieren wir ihn hier als die (teils implizite) Grundlage der Diskussion, die gewisse Argumente oder Theorien kategorisch ausschließt.<sup>20</sup> Wir wollen den *Mainstream* also institutionell im Hinblick auf zwei Dimensionen definieren. Erstens ist er durch das bestimmt, was in den führenden Journalen (an den führenden Forschungsinstituten) veröffentlicht wird. Zweitens durch das, was führende wirtschaftspolitische Institutionen als theoretische Basis ihrer Analyse und wirtschaftspolitischen Empfehlungen verwenden. Insbesondere das zweite Kriterium verdient besondere Beachtung, da es verdeutlicht, dass die Ökonomie keine rein akademische Angelegenheit ist. Es wird auch deutlich werden, dass es deutliche Uneinigkeiten innerhalb des *Mainstream* gibt, und dass es innere Ringe (wo die unterschiedlichen Kriterien überlappen) und äußere Ringe des *Mainstream* gibt. Es ist offensichtlich,



dass es auch innerhalb des *Mainstream* Dissens geben kann. Wir werden also einige Veränderungen im Zeitablauf darstellen und die Frage behandeln, was den *Mainstream* hinsichtlich der Mikro-, der Makro- und der Politikebene ausmacht.

Unser Vorhaben beginnt damit, den unmittelbaren Nachkriegs-*Mainstream* zu skizzieren, also mit der neoklassisch-keynesianischen Synthese (von Joan Robinson auch als „Bastard-Keynesianismus“ bezeichnet). Die große Leistung dieser Synthese war es, die neoklassische Forschungsagenda beizubehalten und dabei Raum für das eine oder andere keynesianische Element zu schaffen. Die Neoklassische Synthese hatte drei wichtige Eigenschaften. Erstens gab es eine etwas unbehagliche Aufspaltung – um nicht zu sagen Schizophrenie – zwischen Mikro- und Makroökonomik. Die Mikroökonomik beschrieb die Welt in Form von rationalem, optimierendem Verhalten, Nutzenfunktionen und räumenden Märkten (kurz gesagt, basierend auf „*first principles*“ wie der Annahme von Optimierungsverhalten). Die Makroökonomik dagegen war in weiten Teilen auf „Realismus“ ausgerichtet und nahm oft soziale Gruppen (eher als Individuen) als Ausgangspunkt. Verhaltensfunktionen sollten realistisch sein (also in einem induktiven Sinne plausibel), und nicht-räumende Märkte (insbesondere nicht-räumende Arbeitsmärkte) wurden als Selbstverständlichkeit betrachtet. Es gab durchaus Spannungen zwischen Mikro- und Makroökonomik, was aber oft anregend auf die Forschung wirkte. Ein zweiter Gesichtspunkt, der sehr viel mit dieser Schizophrenie zu tun hat, ist die scharfe Unterscheidung zwischen kurzer und langer Frist (insbesondere in der Makroökonomik). Dies ermöglichte führenden Ökonominen (so wie Samuelson oder Solow) sowohl (kurzfristig) keynesianisch als auch (langfristig) neoklassisch zu sein. Drittens war die Wirtschaftspolitik des *Mainstream* postliberal (für das Nachkriegssystem ist auch der Begriff des „*embedded liberalism*“ geprägt worden). Wichtige Teile der Ökonomie wurden durch Staatseingriffe deutlich mitgestaltet. Am bedeutendsten ist hier natürlich einerseits der Wohlfahrtsstaat, der den Marktmechanismus abfederte, und andererseits die starke Regulierung der Finanzmärkte. Antizyklische Fiskalpolitik war Teil der Politikagenda.<sup>21</sup>

Im Verlauf der 1970er- und der 1980er-Jahren kam es dann zu massiven Umbrüchen in allen drei Feldern: Politik, Makro- und Mikroökonomik. Die politischen Umwälzungen sind ja bereits im zweiten Abschnitt diskutiert worden. Im theoretischen Bereich war der Umsturz in der Makroökonomik besonders auffällig und endete mit einer grundsätzlichen Neudefinierung, wie Makroökonomik zu betreiben sei: Es hatte ab sofort Mikrofundierungen zu geben. Der neoklassische Angriff nahm dabei unterschiedliche Formen an (Monetarismus, eine Wiederentdeckung von Hayek, Neue Klassische Ökonomie, die Theorie der Realen Konjunkturzyklen) und erfolgte in einer Etablierung des Prinzips, dass makroökonomische Verhaltensfunktionen

aus den „*first principles*“ der Mikroökonomik abgeleitet werden müssten. Verhaltensfunktionen mussten also auf der Optimierung individueller Verhaltensfunktionen basieren.

Letztendlich kam es zu einer Reformulierung des „Bastard-Keynesianismus“ in Form des Neukeynesianismus. Dieser akzeptierte das Dogma der Mikrofundierungen und versuchte durch die Einführung der Transaktionskosten pseudo-keynesianische Ergebnisse<sup>22</sup> zu erzielen. Es handelt sich hierbei um eine Wiederauferstehung der Synthese, diesmal allerdings „rigoroser“ in neoklassischen Grundprinzipien fundiert. Auch diese Version weicht von der neoklassischen (walrasianischen) Forschungsagenda ab, indem häufig (kurzfristig) nicht-räumende Märkte angenommen werden. Der Neukeynesianismus hat dabei – von der NAIRU-Theorie bis zur Konjunkturtheorie – ein reichhaltiges angewandtes Forschungsprogramm geschaffen, das gerade auch in der Politikberatung weitverbreitet zum Einsatz kommt. Dabei kann der Neukeynesianismus, insbesondere in Form des so genannten Neuen Konsensus-Modells, als neuer *Mainstream* in der Makroökonomik angesehen werden, der die Basis für den „aufgeklärten Neoliberalismus“ bietet.<sup>23</sup> Im akademischen Bereich und in den führenden Journalen ist die Neoklassik allerdings weiterhin aktiv und einflussreich.<sup>24</sup>

Der Umbruch in der Mikroökonomik hatte dagegen mehr etwas von einer Erschütterung (hinsichtlich des Wachstums von Nischenbereichen) als von einem Erdbeben. Zur selben Zeit, als die neoklassische Makroökonomik wiederauflebte, wurde es in zunehmendem Maße möglich, über das ursprüngliche neoklassische Forschungsprogramm – im Bereich der Mikroökonomik – hinauszugehen. Colander et al. (2004) definieren das neoklassische Forschungsprogramm als basierend auf der heiligen Dreifaltigkeit von Rationalität, Gier und Gleichgewicht. Von diesen Annahmen ist jede einzelne in Frage gestellt worden. Erstens entstand eine einflussreiche Literatur, die nachwies, dass unter asymmetrischer Information (und Rationalverhalten) Märkte typischerweise nicht räumen.<sup>25</sup> Die Implikationen dieses Ansatzes sind auf theoretischer Ebene tief greifend, im politischen Bereich allerdings ambivalent. Anders als der Transaktionskostenansatz der neukeynesianischen Makroökonomik verschwinden Informationsasymmetrien nicht einfach in der langen Frist. Das Wettbewerbsgleichgewicht ist nicht pareto-effizient, womit das Erste Wohlfahrtstheorem nicht mehr gilt.<sup>26</sup> Anders als in Bezug auf das alte keynesianische Argument über den Nachfragemangel gibt es hier allerdings (im Sinne einer Regierungspolitik) normalerweise keine einfache Lösung für die vorhandenen Ineffizienzen.

Zweitens gab es eine wachsende empirische Literatur, die nachwies, dass Menschen sich nicht rational und oft nicht einmal egoistisch verhalten. Es kam zur langsamen Geburt der experimentellen Ökonomik. Diese zeigte u. a., dass Menschen auf irrelevante Details achten (*framing*), dass



sie in ihren Entscheidungen irrelevante Informationen berücksichtigen (*anchoring*) und dass sie in Gefangenendilemmata zur Kooperation bereit sind.<sup>27</sup>

Vertreter beider Strömungen sind mittlerweile zu den größten Ehren der Zunft gekommen: dem Nobelpreis und einer Publikation im „American Economic Review“. Sie sind damit Bestandteil des akademischen *Mainstream*, wiewohl sie deutliche post-walrasianische Elemente enthalten. Unglücklicherweise gilt das Umgekehrte hier nicht: Während manche postwalrasianische Ökonominnen (oder ihre Argumente) eindeutig im *Mainstream* angelangt sind, ist keineswegs klar, ob der *Mainstream* der Mikroökonomik auf dem Weg ist, post-walrasianisch zu werden.

Die Mikroökonomik ist also ein vielfältigeres Feld geworden. Es ist nun möglich, in einer Weise zu argumentieren, welche noch vor nicht einmal zwei Jahrzehnten als irrelevant (oder noch schlimmer: als soziologisch) herabgewürdigt worden wäre.<sup>28</sup>

Institutionell hat der *Mainstream* allerdings seine Grenzen wesentlich deutlicher gezogen. Es mag scheinen, dass der hohe Grad der Formalisierung im *Mainstream* die zentrale Barriere für die Heterodoxie sei.<sup>29</sup> Viele heterodoxe Artikel jedoch sind formal. Dennoch ist eine häufige Erfahrung heterodoxer AutorInnen, dass ihre Artikel von *Mainstream*-Journalen abgelehnt werden, ohne überhaupt an Gutachter geschickt zu werden. Die Einführung von *Journal-Ratings* und ihre Verwendung in Bewerbungsverfahren erstickt innovative Ansätze<sup>30</sup> und hat es auch deutlich schwerer gemacht, Anerkennung für heterodoxe Arbeiten zu finden. Darüber hinaus gibt es eine tiefe Verbindung zwischen der politischen Ebene und der ausgrenzenden Haltung des *Mainstream*: Es gibt einige Theoreme, die als tiefe Wahrheiten angesehen werden. So etwa wird der Freihandel prinzipiell als eine gute Sache angesehen.<sup>31</sup> Mindestlöhne haben schlecht für die Beschäftigung zu sein, eine „Wahrheit“, die trotz einer umfangreichen Literatur, die sie in Frage stellt, nur um den Preis eines potenziellen Ansehensverlustes in Frage gestellt werden kann.<sup>32</sup>

Wirtschaftspolitik wird nicht nur von ökonomischen Theorien beeinflusst, sondern auch von politischen Interessen. Niemand sollte überrascht sein, dass die Wirtschaftspolitik immer wieder in Konflikt mit der vorherrschenden Lehrmeinungen kommt. Nichtsdestotrotz lässt sich ein Muster erkennen. In den 1980ern dominierten Neoliberale die Szene. Seit Mitte der 1990er lässt sich eine etwas weniger dogmatische Position in den internationalen Organisationen und in den USA (weniger allerdings in Europa) feststellen. Am stärksten ist dabei der Doppelstandard bezüglich des Vertrauens in die Überlegenheit liberalisierter Finanzmärkte. Die Entwicklungsländer wurden im Falle von Finanzkrisen mit einem Programm aus Deregulierung, Liberalisierung und antiinflationären Antworten missioniert (ein Programm, das häufig mit der Hilfe des IWF durchgesetzt wur-

de). Dagegen ließen die Politikreaktionen in den USA auf derartige Krisen eher auf wenig Vertrauen in die Selbstheilungskräfte der Märkte – die der Neoliberalismus seit Jahrzehnten predigt – schließen. Ob sich dies auch in Form einer Theorie auswirken wird, bleibt abzuwarten. Was die Analyse betrifft, so gab es vereinzelte Anzeichen, dass manche wichtige Institutionen – wenn auch in eng gezogenen Grenzen – offener werden.<sup>33</sup>

Generell erscheint der *Mainstream* also als widersprüchlich, wenn auch repressiv. Während er im theoretischen Bereich etwas offener geworden ist, ist er im institutionellen Bereich noch ausgrenzender geworden. Heterodoxe Ökonomie ist im Wesentlichen von Journalen und Institutionen des *Mainstream* ausgeschlossen. Im Bereich der Makroökonomik ist es zum Aufstieg des Neu-Keynesianismus – einer Neuauflage der neoklassischen-keynesianischen Synthese plus Mikrofundierungen – gekommen. Kurzfristig spielt im Neu-Keynesianismus die Nachfrage eine Rolle, aber nicht in der langen Frist. Den wesentlichsten Unterschied zur alten Synthese stellt die Tatsache dar, dass in der heutigen Zeit Mikrofundierungen (basierend auf optimierendem Verhalten) als unabkömmlicher Bestandteil angesehen werden. In der alten Synthese waren sie noch ein vollkommen anderer Forschungsgegenstand. Kurioserweise gibt es aber dennoch einen massiven Unterschied zwischen der Mikroökonomik als einem eigenständigen Forschungsgebiet und den Mikrofundierungen der Makroökonomik. Auf der einen Seite werden in der Mikroökonomik durch die experimentelle und die Verhaltensökonomie die Grundfundamente des *homo oeconomicus* (innerhalb des *Mainstream*) in Frage gestellt. Auf der anderen Seite setzt die moderne Makroökonomik optimierendes Verhalten (und die Notwendigkeit für neoklassische Mikrofundierungen) als gegeben voraus.

#### 4. Der Status quo des Postkeynesianismus

Die institutionelle Geschichte des PK außerhalb des *Mainstream* ist relativ jung. Die erste Generation von PKÖ (Kahn, Kaldor, Robinson, Sraffa) – in der Hochblüte keynesianischer Politik zur Zeit der neoklassisch-keynesianischen Synthese – war in Spitzenuniversitäten beheimatet und publizierte in führenden Journalen. Ihr Forschungsprogramm war ursprünglich darauf ausgerichtet, Keynes' Theorie der effektiven Nachfrage auf die lange Frist auszudehnen. Dies führte zu einem Fokus auf Wachstums- und Verteilungstheorie (Kaldor 1956, Robinson 1956), der durch eine Reihe amerikanischer Ökonomen (Weintraub 1959, Minsky 1957) um monetäre und finanzielle Aspekte erweitert wurde. Diese Ökonominnen waren zwar in einem theoretischen Sinne bereits außerhalb des *Mainstream* zu sehen, sie wurden von diesem aber, wie die Cambridger Kapitalkontroversen beweisen, durchaus noch ernst genommen.<sup>34</sup>

Fragen zu Verteilung und Wachstum blieben im PK auch in weiterer Folge sehr prominent; insbesondere in Form kaleckianischer Modelle. Die Basis dieser Modelle ist eine klassen-basierte Analyse des Wachstumsprozesses. Sie enthalten normalerweise Kapazitätsunterauslastung und *Mark-up*-Preissetzung.<sup>35</sup> In ihrer modernen Erscheinungsform wird in diesen Modellen die Verteilung über *Mark-up*-Preissetzung exogen bestimmt. Sie beinhalten häufig das Kosten- und das Sparparadoxon. Das Sparparadoxon beschreibt die Tatsache, dass ein Anstieg in der Sparneigung der einzelnen Wirtschaftssubjekte über einen Rückgang der Nachfrage zu einem Rückgang der aggregierten Ersparnis führt. Das Kostenparadoxon andererseits bezieht sich auf die Tatsache, dass ein Anstieg in den aggregierten Kosten – also in den Löhnen – über die Erhöhung der Nachfrage zu einem Anstieg der ökonomischen Aktivität und so zu einem Anstieg im aggregierten Profit führt. In erweiterten Versionen sind unterschiedliche Nachfrageregime möglich, das heißt, dass das Wachstum der Ökonomie entweder profit- oder lohngetrieben sein kann.<sup>36</sup> Das kaleckianische Modell ist darüber hinaus auch die Basis der umfassenden PK (postkeynesianischen) Analyse von Inflation. Dabei wird Inflation als kosteninduziertes Phänomen, das aus einem ungelösten Verteilungskonflikt resultiert, betrachtet.<sup>37</sup>

Der PK-Fokus auf monetäre Aspekte resultierte teilweise aus einer Reaktion auf den Monetarismus. Lange bevor er (implizit) auch vom *Mainstream* anerkannt wurde, begannen PKÖ auf den endogenen Charakter der Geldschöpfung hinzuweisen.<sup>38</sup> Diese Einsicht führte zu einem Fokus auf die Funktionsweise des Bankensektors, welche in den späten 1980ern eine massive Debatte über die Form der Geldangebotsfunktion lostrat. Die Positionen im PK bezüglich der endogenen Geldschöpfung lassen sich im Wesentlichen zwei Lagern zuordnen. Die horizontalistische Interpretation begann mit der Beobachtung, dass Kredite Einlagen erzeugen, was eine genaue Umkehrung der (monetaristischen) Lehrmeinung bedeutete. Da der Bankensektor daher in seiner Fähigkeit, Geld zu schöpfen, quantitativ nicht beschränkt wird, ist nach dieser Sichtweise das tatsächliche Geldangebot von der als kreditwürdig eingestuftten Nachfrage determiniert.<sup>39</sup> Die strukturalistische Position betont hingegen, dass das Management des Vermögens und der Verbindlichkeiten der Banken eine wesentliche Rolle spielen. Von diesem Standpunkt aus gesehen ist das Geldangebot *im Prinzip* endogen. Je höher allerdings die Menge des ausstehenden Kreditvolumens ist und je höher das durchschnittliche Risiko von Krediten, umso mehr Schwierigkeiten haben Banken damit, ihre Reserveverpflichtungen einzuhalten. Konsequenterweise existiert eine systematische Verbindung zwischen dem Kreditvolumen und dem Zinssatz.<sup>40</sup> Die Diskussion hat zu einem besseren Verständnis des Bankensektors geführt. Wiewohl sie noch nicht beendet zu sein scheint, gibt es eine gewisse Konvergenz zwi-

schen den unterschiedlichen Positionen.<sup>41</sup>

Basierend auf dieser breiten theoretischen Basis begannen PKÖ jüngst fundierte Kritiken am Neuen Konsensmodell zu entwickeln.<sup>42</sup> Eine offensichtliche Kritik ist dabei das Fehlen jeglicher tieferen Analyse des Bankensektors. Die Geldmenge wird schlicht und ergreifend residual determiniert. Dies ist umso überraschender, als es im Neuen Konsensmodell – durch das Insistieren auf der Inflationssteuerung – einen starken Fokus auf die Geldpolitik gibt. Von einem PK-Standpunkt aus gesehen liegt der Fokus hierbei allerdings einseitig auf einer Form der Inflation, die durch Überschussnachfrage ausgelöst wird.<sup>43</sup> Schließlich ist auch noch die vertikale, langfristige Phillips-Kurve von einer PK-Perspektive problematisch.<sup>44</sup> In einem derartigen Rahmen kann es im Prinzip zu keinen langfristigen Effekten der effektiven Nachfrage kommen.

Verwandt mit dieser Literatur ist eine jüngere Strömung in der Literatur des PK, die sich vor allem mit Fragen der Wirtschaftspolitik und empirischer Forschung befasst. In Europa lag ein besonderer Schwerpunkt auf einer kritischen Evaluierung des ökonomischen Designs der EU und auf einer Formulierung von Reformvorschlägen. Wichtige Interventionsfelder dieser Beiträge sind das Fehlen jeglicher fiskalischer Koordinierung und das gegenwärtige geldpolitische Design. Dies impliziert neben einer fundierten Kritik des Stabilitäts- und Wachstumspaktes die Formulierung von Alternativen wie die Koordinierung von Steuer- und Lohnpolitik in der EU.<sup>45</sup> Die Diskussion findet dabei im Wesentlichen auch im Lichte der fehlenden Konvergenz innerhalb der EU statt<sup>46</sup> und befasst sich mit der Anpassung von Arbeitsmarktinstitutionen und Lohnpolitiken.<sup>47</sup> Ein weiteres Interventionsfeld ist die kritische Evaluierung der Geldpolitik der EZB. Das vertiefte Verständnis, dass PKÖ von der Schichtung kapitalistischer Gesellschaften entwickeln konnten, ermöglicht es ihnen, hierbei zu erkennen, dass der einseitige Fokus auf die Geldwertstabilität die Interessen mancher gesellschaftlicher Gruppen bevorzugt.

Es ist nun klar geworden, dass PKÖ aktiv sind und laufend wichtige Beiträge zum Verständnis der Makroökonomik liefern. Diese Leistungen sind umso beachtlicher, wenn das feindselige Umfeld, in dem sie zustande kommen, berücksichtigt wird. PKÖ waren in der Lage, kritische Massen an manchen Forschungsinstitutionen und spezialisierte Journale zu etablieren. Allerdings wird ihre Existenz massiv angegriffen, und ihre Forschung wird vom *Mainstream* ignoriert. Es gibt zurzeit nur wenige PKÖ, die überhaupt noch in Journalen des *Mainstream* publizieren können.<sup>48</sup> Andere überleben in akademischen Nischen. Dies reduziert natürlich ihre Wirksamkeit, was die Anzahl der Zitierungen und ähnliche Kriterien betrifft, was es wiederum schwerer macht, wenn es zu Journalevaluierungen kommt.

Nach den Cambridge-Kapitalkontroversen wurden die PKÖ effektiv aus

dem *Mainstream* ausgegrenzt und waren nicht mehr in der Lage, aus den Widersprüchen und Umbrüchen innerhalb des *Mainstream* Kapital zu schlagen. Insbesondere ist die Existenz des PK dem innovativen Rand des *Mainstream* größtenteils nicht einmal bewusst (was nebenbei bemerkt mitunter für die Existenz der Makroökonomik als eigenem Forschungsfeld ebenso zu gelten scheint). Schlimmer noch ist, dass diese Ignoranz zu einem Zeitpunkt vorherrscht, da der *Mainstream* lange etablierte Ideen des PK „neu“ erfindet. Die Idee einer endogenen Geldschöpfung ist stillschweigend in das Neue Konsensmodell übernommen worden, in dem die Geldmenge residual determiniert wird. Darüber hinaus lässt sich argumentieren, dass die Idee der Konfliktinflation in die kurzfristige NAIRU-Theorie der Neukeynesianer eingebaut ist.<sup>49</sup> Das Konzept der Hysterese berücksichtigt Teile der PK-Theorie der Pfadabhängigkeiten ökonomischer Prozesse. All dies geschieht allerdings, ohne dass die PK-Pioniere dieser Bereiche anerkannt oder zitiert würden. Andererseits muss auch gesagt werden, dass der PK in der Tat überaus kritisch mit dem *Mainstream* umgeht (was natürlich auch seiner diskriminierten Situation geschuldet ist). Die Möglichkeiten, mit dem innovativeren Rand des *Mainstream* zusammenzuarbeiten, bleiben weitgehend ungenutzt. Von Seiten der PK gibt es nur relativ wenige Versuche, mit diesen Strömungen zu kommunizieren.<sup>50</sup>

Wenn die Relevanz einer ökonomischen Theorie für sozial relevante Fragen das zentrale Kriterium darstellt, müssen dem PK einige Defizite vorgeworfen werden. Der PK hat sich auf ein eher reduziertes Spektrum an Schlüsselkonzepten spezialisiert, die ursprünglich von Keynes angeregt worden sind. Wiewohl dies auch seine Vorteile hat, hinterlässt es auf der PK-Karte der realen Welt doch einige weiße Flecken:

1.) Es gibt ein etwas seltsames Missverhältnis zwischen der Bedeutung von Finanzkrisen bei Keynes und den wichtigen Beiträgen von Minsky (1982, 1986) und seinen Nachfolgern und allgemeinen PK-Makro-Modellen. Rochon (1999) und Hein (2008) sind zwei exzellente Arbeiten der PK-Monetärtheorie, die völlig ohne die Behandlung von Finanzkrisen als möglichen Effekt einer endogenen Geldschöpfung auskommen. Finanzielle Instabilität erscheint noch immer als eine Anomalie im PK-Standardmodell.<sup>51</sup>

2.) Abgesehen vom Kaldor-Verdoorn-Gesetz und einigen namhaften Ausnahmen<sup>52</sup> wird die Angebotsseite in der PK-Literatur im Wesentlichen vernachlässigt. Dies macht es wiederum schwer, sich mit wichtigen zeitgenössischen Fragestellungen wie z. B. der Informations- und Kommunikationstechnologie oder der „Wissensgesellschaft“ auseinanderzusetzen. Darüber hinaus hat die Internationalisierung großer Unternehmen und die globale Restrukturierung von Wertschöpfungsketten bei PKÖ relativ wenig Forschungsinteresse erregt.

3.) Trotz der Bedeutung der Effekte der Verteilung im PK-Wachstums-

modell gibt es kaum Analysen, die sich mit den Determinanten der Verteilung befassen. Zentrale Faktoren wie die Gewerkschaftsdichte, der reale Zinssatz oder der *Mark-up* fließen nur als exogene Variable in PK-Modelle ein. Es gibt nur wenig PK-Forschung darüber, wie stark der Einfluss unterschiedlicher institutioneller Faktoren (so wie Gewerkschaftsdichte, Zentralbankverhalten) auf den *Mark-up* ist. Es gibt auch keine systematische Erklärung, wie das Verhalten von Zentralbanken beeinflusst wird oder was die Teilnahme an Arbeitnehmerorganisationen beeinflusst.

4.) Den vorherigen Punkt weiterführend ist zu bemerken, dass es keine PK-Theorie des Staates und keine systematische Analyse der politischen Ökonomie gibt. In vielen PK-Modellen wird der Staat implizit immer noch als Sachwalter des Gemeinwohls behandelt.<sup>53</sup> Keynes' wegweisende Analyse der effektiven Nachfrage etablierte die Basis für eine Vollbeschäftigungspolitik. Siebzig Jahre danach wird in der *Mainstream*-Ökonomie im Wesentlichen dieselbe prä-keynesianische Politik propagiert. PKÖ fehlt eine Erklärung, warum die orthodoxe Ökonomie einen derartig starken Einfluss auf die Wirtschaftswissenschaft und auf den Staat hat. Kalecki (1943) hatte die politische Widersprüchlichkeit von Vollbeschäftigungspolitiken aufgezeigt, aber diese Frage ist später von PKÖ kaum gezielt untersucht worden. Es mangelt an einer systematischen Analyse der Motive und des Einflusses politischer Interessengruppierungen. Natürlich ist dies eine Kritik, die auch für die gesamte Ökonomie zutrifft.

5.) Schlussendlich ist festzuhalten, dass der PK aus einer sozialen Perspektive wenig zu wichtigen Entwicklungen wie Prekarisierung oder *Flexicurity* zu sagen hat. Der PK schweigt damit zu Themen, die für einige große und wachsende Gruppen in modernen Ökonomien zentral sind.

## 5. Wie weiter?

Der PK ist in die Enge getrieben: Dort befindet er sich aber in der guten Gesellschaft der meisten heterodoxen Ansätze. Lawson (2006) hat argumentiert, dass die Methodologie das einende Moment heterodoxer Strömungen ist. Diese Sicht impliziert, dass die Heterodoxie und der *Mainstream* prinzipiell nicht in der Lage sind, miteinander zu kommunizieren, da sie unterschiedliche Sprachen sprechen. Während die Heterodoxie die Ökonomie als ein offenes System analysiert, untersucht sie der *Mainstream* als geschlossenes System. Etwas konkreter argumentiert Lavoie (2006), dass es zwischen unterschiedlichen heterodoxen Strömungen Ähnlichkeiten bezüglich zentraler Fragestellungen zu Rationalität und eine organische Sicht auf die Gesellschaft gibt.

Dies ist der Hintergrund, vor dem die laufende Debatte über die Zukunft des PK stattfindet. Zwei zentrale Beiträge haben jüngst argumentiert, dass der Schlüssel zur Zukunft darin liegt, in einen Dialog mit dem *Mainstream*



einzutreten. „The way forward is for PKE [Post Keynesian Economics] to engage in a more constructive dialogue with *mainstream* economics with the objective of encompassing relevant neoclassical models within a more general framework that incorporates PK [Post Keynesian] alternatives.”<sup>54</sup> Ein ähnlicher Standpunkt wurde von Colander et al. in einer Reihe von Veröffentlichungen vertreten (2004, 2006, 2007). Sie argumentieren, dass heterodoxe ÖkonomInnen sich nicht über die Ungerechtigkeit beschweren sollen, dass sie vom *Mainstream* diskriminiert werden, sondern dass sie ihre Argumente in einer Form vorbringen sollen, die für den *Mainstream* verständlich ist. Alles was notwendig sei, um zumindest vom innovativen Rand des *Mainstream* ernst genommen zu werden, sei die formale Darstellung ihrer Argumente.<sup>55</sup> Colander et al. befassen sich dabei jedoch ausschließlich mit der Mikroökonomik. Sie übersehen dabei allerdings, dass die moderne Makroökonomik durch die Umbrüche in der Mikroökonomik im Wesentlichen unberührt geblieben ist. Es gibt nur wenige (und isolierte) Versuche, Nicht-Standard-Mikrofundierungen in makroökonomischen Modellen zu integrieren.<sup>56</sup> Der Hauptgegenstand des PK ist jedoch die Makroökonomik. Die beschränkte Entwicklung der modernen Makroökonomik und die Tatsache, dass PKÖ in den wenigen Gebieten, in denen es Konvergenzen gegeben hat, im Wesentlichen ignoriert werden,<sup>57</sup> macht die Möglichkeit einer Existenz innerhalb des *Mainstream* unwahrscheinlich.

Unser Beitrag zu dieser Debatte ist also nicht ein neuer Standpunkt dazu, ob es wünschenswert wäre, mit dem *Mainstream* in einen Dialog einzutreten.<sup>58</sup> Im Gegenteil: Unser wesentlicher Punkt ist, dass die Frage eines derartigen Dialogs sekundär ist. Ob PKÖ sich darum bemühen, mit dem *Mainstream* einen Dialog zu führen, wird wenig Unterschied machen, schlicht und ergreifend, weil der Kern des *Mainstream* nicht an einem solchen Dialog interessiert ist.

Der Fokus auf die Verbindung mit dem *Mainstream* ist fehlgeleitet. Der PK ist eine exzellente Basis für die ökonomische Analyse und hat in vielerlei Hinsicht tiefere Einblicke als der *Mainstream* zu bieten. Viel mehr als mit dem *Mainstream* sollte der PK sich daher mit der realen Welt (um die drängendsten Probleme zu erkennen), mit sich selbst (um Defizite in seiner eigenen Analyse zu erkennen) und mit anderen heterodoxen Strömungen (um Komplementaritäten zu finden) beschäftigen.

Unser erster Vorschlag ist daher: mehr politische Relevanz.<sup>59</sup> Dieser Punkt kann kaum überbewertet werden. Es ist wichtig, für die drängendsten neuen sozialen und ökonomischen Probleme Analysen zu entwickeln. Dies ist zentral, um Studierende, Medien und wirtschaftspolitische EntscheidungsträgerInnen anzusprechen. Wiewohl es unrealistisch erscheint, den *Mainstream* zu verdrängen, ist es doch zweifelhaft, ob seine Hegemonie in der gegebenen Form auch in der Zukunft weiter bestehen wird. Es

ist allerdings unwahrscheinlich, dass es aus der Profession selbst heraus zu Veränderungen kommen wird. Die Ökonomie als Wissenschaft muss durch Druck von außen transformiert werden.

Finanzkrisen sind ein unvermeidbarer Bestandteil eines finanzdominierten Akkumulationsregimes mit unregulierten Finanzmärkten. Das neoliberale Regulationsregime führt darüber hinaus zu einer massiven Polarisierung der Einkommensverteilung und zu einer Prekarisierung der Arbeitsbeziehungen. Dies impliziert nicht, dass eine Systemkrise oder revolutionäre Umstürze bevorstehen. Die neoliberale Produktionsweise wird allerdings deutlich an Legitimation verlieren. Es ist bereits offensichtlich, dass bei der Bekämpfung der laufenden Krise ein liberales Prinzip schneller als das andere über Bord geworfen wird, um Finanzinstitutionen vor dem Kollaps zu bewahren.

Warum sollten wir diese Prinzipien dann nicht auch im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit entsorgen? Natürlich werden unterschiedliche Gebiete der Wirtschaftswissenschaften von diesen Debatten in unterschiedlichem Ausmaß betroffen sein. Die Makroökonomik wird aber sicher im Zentrum der Debatten stehen. Dies ist eine Chance für den PK, seine Nützlichkeit unter Beweis zu stellen. Gleichzeitig aber stellt dies auch eine Herausforderung dar. Die laufende Krise wird keine Wiederholung der 1930er-Jahre darstellen. Regierungen wie auch neukeynesianische ÖkonomInnen sind wesentlich pragmatischer als ihre VorgängerInnen vor achtzig Jahren. Gleichzeitig sind die sozial progressiven Bewegungen deutlich heterogener, ebenso wie die sozialen Spannungen, aus denen sie hervorgegangen sind. Es gibt auch (im Gegensatz zur sozialistischen Bewegung der 1920er) keine starke politische Bewegung, die auf einen fundamentalen sozialen Wandel drängt. Mit anderen Worten: Es ist nicht klar, in welchem Ausmaß der PK in der Lage sein wird, von den Erschütterungen, die die laufende Krise auslöst, zu profitieren. Eine Vervollständigung der Analyse und der Politikempfehlungen des PK für aktuelle Probleme wird nicht nur erfordern, dass PKÖ ihre vorhandenen Analysen von Finanzkrisen weiterentwickeln, sondern auch, dass sie sich mit Themen beschäftigen, zu denen sie bisher wenig zu sagen hatten: Globalisierung, „*working poor*“ und atypische Beschäftigungsverhältnisse.

Während also möglicherweise in der mittleren Frist mehr Raum für Debatten vorhanden sein wird, ist die Position der PKÖ für die nahe Zukunft treffend als die einer bedrängten Minderheit (*embattled minority*) beschrieben worden.<sup>60</sup> Eines der wohl drängendsten Probleme ist dabei die Marginalisierung im akademischen Betrieb durch *Journal-Ratings* und Forschungsevaluierungsmethoden. Die Formierung der Heterodoxen Ökonomie wie auch (möglicherweise) die Formierung abweichender Strömungen am Rande des *Mainstream* bieten Möglichkeiten der institutionellen Kooperation im Kampf für eine pluralistischere Ökonomie.

Unsere zweite Empfehlung ist daher eine umfassende institutionelle Kooperation mit anderen heterodoxen und nicht-orthodoxen Ansätzen im Kampf für eine pluralistische Ökonomie. PKÖ alleine haben einfach nicht die kritische Masse, um ausreichenden Druck für inklusivere *Journal-Ratings* und Evaluierungsmechanismen zu erzeugen. Hierfür werden starke Lobby-Institutionen benötigt, und die Formierung eines heterodoxen Lagers ist möglicherweise eine Gelegenheit, solche Institutionen zu entwickeln (EAEPE, AHE). Allerdings sollten diese Institutionen über den rein inhaltlichen Austausch auch danach trachten, heterodoxe Anliegen nicht nur im Bereich der Forschung zu unterstützen. Viele der großen heterodoxen Dachverbände sind ursprünglich als eine Plattform für in anderen Institutionen unterdrückte Forschung gegründet worden. Sie sollten nun einen Schritt weitergehen und versuchen, heterodoxe und andere unorthodoxe Forschung aktiv gegen (weitere) Marginalisierung zu verteidigen.<sup>61</sup> Dies kann getan werden, indem alternative *Journal-Ratings* entwickelt werden, oder indem heterodoxe Ideen für eine breitere Öffentlichkeit und die Medien aufbereitet und propagiert werden. Zeit ist eine knappe Ressource, und manches der erfahrenen Ignoranz und Unterdrückung mag auch an zu hohen Zugangsschranken zur Heterodoxen Ökonomie liegen.

Die dritte Empfehlung ist, dass die Forschungsagenda des PK in einigen Bereichen vervollständigt werden muss. Wie in Abschnitt 3 ausgeführt, hat der PK sich in einigen Punkten zu stark auf sein ursprüngliches Forschungsprogramm beschränkt, was zu manchen wesentlichen Lücken in seiner Analyse geführt hat. Der PK sollte mit anderen Worten mehr „post“ und weniger „keynesianisch“ werden. Natürlich gilt dies primär für den Forschungsfokus und nicht für die Art der Analyse. Änderungen in der Wirtschaft und im *Mainstream* wie auch in anderen heterodoxen Ansätzen haben einige der Lücken des PK offensichtlich gemacht. Wir wollen dies mit einigen Beispielen illustrieren: Das erste Beispiel betrifft die Rolle von Institutionen. Es wird wohl niemanden überraschen, dass im Allgemeinen der Institutionalismus mehr zu Institutionen zu sagen haben sollte als PKÖ. Es ist jedoch ein wenig ironisch, dass der *Mainstream* mittlerweile mehr Versuche unternimmt, den Effekt von Institutionen auf das Wachstum in seine Analyse einzubauen, als PKÖ. Dies obwohl PKÖ seit langer Zeit (jedenfalls seit längerer Zeit als der *Mainstream*) die Bedeutung von Institutionen für das Wachstum betonen. Zweitens gibt es ein breites Spektrum sozialer und ökonomischer Phänomene, über die PKÖ wenig zu sagen haben: Informations- und Kommunikationstechnologien, Globalisierung, Prekarisierung und Umweltverschmutzung. Viele dieser Veränderungen sind für PKÖ entweder „zu angebotsseitig“ oder „zu mikroökonomisch“. Während es scheint, dass einige dieser Fragestellungen vom Kern des PK sehr weit entfernt sind, liegen andere nahe, sind aber bisher vernachlässigt worden. Zum Beispiel gibt es keine ernsthafte Diskussion

über Umweltverschmutzung in der PK-Wachstumstheorie. Drittens fehlt es im PK an einer systematischen Theorie des Staates und des Einflusses sozialer Gruppen auf Regierungen. Vor allem mangelt es dem PK an einer Antwort auf die Frage, warum prä-keynesianische Politiken fortbestehen. Der Neoliberalismus allerdings scheint sich bewusst gegen keynesianische Politiken entschieden zu haben und verwendet sie selektiv und mit einer deutlichen Schiefelage bezüglich der Berücksichtigung verschiedener Klasseninteressen.

In allen diesen Bereichen sollte es mögliche Gewinne von Kooperationen zwischen PKÖ und anderen heterodoxen Positionen geben. Im Institutionalismus und in der Evolutionären Ökonomie gibt es fundierte Theorien über Institutionen, in der ökologischen Ökonomie wurde viel dazu getan, die Schattenseiten des Wachstums zu beleuchten, im Marxismus wurden begründete Theorien des Staates entwickelt. Dies soll nicht bedeuten, dass wir eine umfassende heterodoxe Synthese einfordern. Wir halten aber bei problemorientierten Analysen synthetische Lösungsansätze für durchaus geboten.<sup>62</sup> Reale Probleme sollten als Ausgangspunkt einer Analyse unter Verwendung unterschiedlicher heterodoxer Ansätze dienen.

## 6. Schlussfolgerungen

Die Debatte über die Zukunft des PK hat sich bisher auf die Beziehung zum *Mainstream* fokussiert. Dadurch wurden die vielfältigen und widersprüchlichen Entwicklungen im *Mainstream* aufgezeigt. Es gibt eine enge, wenn auch überaus komplexe Verbindung zwischen dem *Mainstream* im akademischen Bereich und dem in der Wirtschaftspolitik. Eine Version der neukyenesianischen Theorie ist als Kern des vorhandenen *Mainstream* identifiziert worden. Dieser Kern ist konsistent mit dem Neoliberalismus. Das heißt, er akzeptiert zwar eine Rolle des Staates in der kurzen Frist, in der langen Frist etabliert er aber wieder ein Wettbewerbsgleichgewicht als Referenzpunkt. Im akademischen Bereich ist der *Mainstream* durch die Entwicklung der post-walrasianischen Mikroökonomik (vor allem in Bereichen, wo es kaum Implikationen für die Wirtschaftspolitik gibt) intern diversifiziert worden. Gleichzeitig sind aber die Mauern um den *Mainstream* durch exzessive Formalisierung, diskriminierende *Journal-Ratings* und mitunter plumpe Ausgrenzung höher geworden.

Wir haben in diesem Artikel daher argumentiert, dass der Fokus auf die Verbindung zum *Mainstream* verfehlt ist. Während der Dialog mit dem *Mainstream* in der Tat wünschenswert wäre, liegen die zentralen Fragen für den PK anderswo. Erstens, um relevant zu sein, muss der PK Probleme der realen Welt erklären. An diesen besteht im neoliberalen Entwicklungsregime ja kein Mangel, wie die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise

beweist. Dies mag wiederum zu eigenen Problemen führen. So mag es zwischen akademischer und politischer Glaubwürdigkeit zu Zielkonflikten kommen. Aber es führt jedenfalls zu interessanteren Fragen als die Neuformulierung von PK-Modellen in einer Darstellungsweise, die der *Mainstream* versteht (falls es diesen denn überhaupt interessiert). Der zweite Punkt ist institutioneller Natur. Der PK sollte seine Beziehungen zu anderen heterodoxen Strömungen vertiefen, um mit ihnen für mehr Pluralismus in der Zukunft einzutreten. Drittens sollte der PK Lücken in seiner eigenen Theorie füllen. Viele der aktuellen sozialen und ökonomischen Probleme werden im PK nicht ausreichend behandelt. Diese Aufgabe würde PKÖ über die momentanen Themen des PK hinausführen. Sie sollten dazu mit anderen heterodoxen Strömungen kooperieren.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Die Bedeutung der *Journal-Rankings* kann kaum überschätzt werden, da sie mittlerweile einen zentralen Stellenwert in der Entscheidung bei Berufungen und (v. a. in Großbritannien) in der Mittelvergabe an Universitäten haben. In Österreich werden z. B. an der Universität Wien und der Universität Linz (in der Volkswirtschaftslehre) explizit *Journal-Rankings* im Rahmen von Habilitationsverfahren verwendet. Da postkeynesianische (und andere heterodoxe) Journale zumeist an schlechten Positionen oder gar nicht vertreten sind, ist für Postkeynesianer derzeit eine wissenschaftliche Laufbahn an Universitäten kaum möglich. Das Handelsblatt *Ranking* (2007), das an der Wirtschaftsuniversität als ein Kriterium bei Berufungsverfahren herangezogen wird, enthält z. B. weder das *Journal of Post Keynesian Economics* noch den *Review of Political Economy* oder das *Journal of Economic Issues*. In Österreich ist es absehbar, dass ein postkeynesianischer Ökonom, der v. a. in den einschlägigen Journalen publiziert, sich in wenigen Jahren nicht mehr habilitieren können wird und selbstverständlich keine Chancen auf einen Lehrstuhl hat.
- <sup>2</sup> Die Darstellung bezieht sich auf die globale Entwicklung, die im Wesentlichen – wenn auch mit einer Verzögerung – in Österreich nachvollzogen wurde.
- <sup>3</sup> Siehe Aglietta (1976), Lipietz (1982), Boyer (1990) für die Sichtweise des Regulationismus, Bowles et al. (1986) für den *Social Structures of Accumulation*-Ansatz. Jüngere Sichtweisen finden sich in den Beiträgen von Marglin und Schor (1990) und Glyn (2006).
- <sup>4</sup> Glyn et al. (1990).
- <sup>5</sup> Smithin (1996), Glyn (2006).
- <sup>6</sup> In regulationistischer Terminologie würden wir von einem neoliberalen und einem finanzdominierten Regulationsregime sprechen (Stockhammer 2008a).
- <sup>7</sup> Glyn (2006) 51.
- <sup>8</sup> Duménil, Lévy (2001), Power et al. (2003).
- <sup>9</sup> Lazonick und O'Sullivan (2000).
- <sup>10</sup> Stockhammer (2008b).
- <sup>11</sup> Kindleberger (2005).
- <sup>12</sup> World Bank (2002).
- <sup>13</sup> Glyn (2006).

- <sup>14</sup> World Bank (2002).
- <sup>15</sup> European Commission, Towards common principles of flexicurity: more and better jobs through flexibility and security (European Commission, Luxembourg 2007).
- <sup>16</sup> Siehe die Sonderausgabe des „Journal of Post Keynesian Economics“ zum Washington Consensus (2004-05).
- <sup>17</sup> Wir verwenden diesen etwas sperrigen Begriff aus dem Bedürfnis heraus, den Ausdruck Antiglobalisierungsbewegung zu vermeiden, da diese Bewegung gegen die neoliberale Bewegung und nicht gegen prinzipiell jede Form der Globalisierung eingestellt ist.
- <sup>18</sup> Stiglitz (2008).
- <sup>19</sup> Wolf (2008).
- <sup>20</sup> Wir bezwecken damit nicht, den Begriff *Mainstream* von seiner eindeutigen ideologischen Konnotation zu entleeren. Es geht mehr darum, ihn nicht mit bestimmten Theorien gleichzusetzen. Während in den 1980ern der Monetarismus als *Mainstream* gelten konnte, sind dies seit der Mitte der 1990er sowohl die Neukeynesianer als auch die Reale Wirtschaftszyklentheorie. Allerdings hat der *Mainstream* eine eindeutige ideologische Basis: Es gilt, dass freie Märkte langfristig optimale Ergebnisse erzeugen.
- <sup>21</sup> Glyn (2006).
- <sup>22</sup> Hiermit ist gemeint, dass Staatseingriffe kurzfristig zwar Sinn machen können, um Abweichungen vom gleichgewichtigen Wachstumspfad schneller zu korrigieren, dass langfristig aber möglichst freie Märkte die effizienteste Wirtschaftsform darstellen. Dabei werden etliche zentrale Argumente von Keynes, wie jenes der fundamentalen Unsicherheit oder dass Lohnsenkungen (in der Krise) oft die Arbeitslosigkeit erhöhen und dass flexible Löhne destabilisierend wirken, ignoriert.
- <sup>23</sup> Zwei Beispiele sollen diese Aussage verdeutlichen. Erstens gab es nach der Südostasien-Krise eine kurze Debatte über die angemessene ökonomische Politik. Die Hauptproponenten dieser Debatte waren Stanley Fischer (der Chefökonom des IWF) auf der einen Seite und Joseph Stiglitz (der zurückgetretene Chefökonom der Weltbank) auf der anderen Seite. Beide sind führende Neukeynesianer. Zweitens, wird die Debatte über die Arbeitslosigkeitsproblematik in Europa im Lichte des NAIRU-Modells geführt. Wiederum handelt es sich hierbei um ein neukeynesianisches Model. Je nach Schwerpunkt des Autors bzw. der Autorin kann dieses dazu verwendet werden, um zu argumentieren, dass die Geldpolitik zu konservativ war (Ball (1999)), oder dass rigide Arbeitsmarktinstitutionen die Hauptschuldigen sind (IMF (2003), Nickell et al. (2005)).
- <sup>24</sup> Es gibt zwar im Wesentlichen keine Zentralbank die das Reale Konjunkturzyklenmodel verwendet, in diesem Sinne sind sie also nun alle Neukeynesianer. Allerdings schummelt sich das Model in Form der DGSE-Modelle wieder in die Politikberatung.
- <sup>25</sup> Akerlof 1970, Stiglitz 1987.
- <sup>26</sup> Stiglitz 1994.
- <sup>27</sup> Nützliche Übersichtsartikel sind Bowles und Gintis (2000) und Fehr und Fischbacher (2002).
- <sup>28</sup> Colander et al. (2004, S. VIII) argumentieren, dass die „holy trinity of rationality, greed, and equilibrium is in the process of being replaced with a new orthodoxy, which can be described as an approach based on a holy trinity of purposeful behaviour, enlightened self-interest, and sustainability“. Sie behaupten dies allerdings primär, ohne sonderlich viel Evidenz dafür anzuführen. Ihr Argument basiert auf „a list of interviewees who were working within this broader mainstream“. Während diese sicherlich Vorreiter sind, wie der Untertitel des Buches von Colander et al. impliziert, ist nicht wirklich eindeutig, in welchem Sinne sie für den *Mainstream* der Zunft repräsentativ sein sollten. Es werden im Gegenteil keinerlei Versuche unternommen, die orthodoxeren Teile des



*Mainstream* zu Wort kommen zu lassen und etwas über ihre Versuche, die Orthodoxie zu verteidigen, zu erfahren. Darüber hinaus schweigt das Buch zur Frage der Makroökonomik.

<sup>29</sup> Lawson (2006).

<sup>30</sup> Frey (2003).

<sup>31</sup> Vgl. z. B. Krugmans Lehrbuch zu internationalem Handel und seine akademischen Schriften oder Samuelsons Antwort auf die Reaktionen zu seinem 2003 erschienenen „Journal of Economic Perspectives“-Artikel.

<sup>32</sup> David Card berichtet, dass er nach der Veröffentlichung einer Studie, die diese Annahme in Frage stellte, von dem Thema der Mindestlöhne aufgrund des massiven Drucks aus der Kollegenschaft fernblieb (Hayes (2007)).

<sup>33</sup> OECD Employment Outlook 2006, World Development Report 2006.

<sup>34</sup> Levhari und Samuelson (1966), Solow (1975), Harcourt (1969).

<sup>35</sup> Dutt (1984).

<sup>36</sup> Blecker (1989), Marglin und Badhuri (1990).

<sup>37</sup> Hein und Stockhammer (2007).

<sup>38</sup> Kaldor (1982).

<sup>39</sup> Moore (1989).

<sup>40</sup> Pollin (1991), Palley (1996).

<sup>41</sup> Fontana (2004).

<sup>42</sup> Arestis und Sawyer (2004).

<sup>43</sup> Siehe auch die Sonderausgabe des „Journal of Post Keynesian Economics“ zur Inflationssteuerung.

<sup>44</sup> Arestis und Sawyer (2004).

<sup>45</sup> Arestis et al. (2001).

<sup>46</sup> Hein und Truger (2005).

<sup>47</sup> Stockhammer (2008b).

<sup>48</sup> Z. B. Arestis et al. (2001).

<sup>49</sup> Stockhammer (2008c).

<sup>50</sup> Eine lobenswerte Ausnahme war z. B. die Sonderausgabe des „Journal of Economic Psychology“ 2004.

<sup>51</sup> Es sollte allerdings betont werden, dass dies nicht bedeuten soll, dass keine wichtige Forschung in diesem Bereich stattfindet (siehe z. B. Skott (1994, 1995) und die Arbeit am Levy Institute). Unser wesentlicher Punkt ist allerdings, dass diese Analyse gleichsam neben den wesentlichen analytischen Unternehmungen läuft und nur selten in diese integriert wird.

<sup>52</sup> Arestis und Sawyer 2005, Dutt 2006, Bhaduri 2005.

<sup>53</sup> Keynes selbst schien davon überzeugt zu sein, dass die mangelnde Implementierung seiner Politikempfehlungen nur ein Frage der Überzeugungs- und Erklärungsarbeit sei (Cardim de Carvalho (2009)). Er übersah dabei allerdings, dass durch seine Empfehlungen – so sehr sie auch hinsichtlich von Beschäftigung und Output zu vorteilhaften Ergebnissen führen können – einige soziale Gruppen schlechter gestellt würden. Es mangelt allerdings an einer Analyse, wie diese Gruppen versuchen, den politischen Entscheidungsprozess zu beeinflussen.

<sup>54</sup> Fontana und Gerard (2006) 72.

<sup>55</sup> Colander et al. (2004). Es muss Colander und seinen Ko-Autoren allerdings zugutegehalten werden, dass sie ihren Worten Taten folgen lassen. Insbesondere Barkely Rosser (einer der Ko-Autoren von Colander et al. (2004)) spielt eine wichtige Rolle als Kommunikator zwischen diesem innovativeren Rand des *Mainstream* und der Heterodoxie als Herausgeber des „Journal of Economic Behavior and Organization“.

<sup>56</sup> Akerlof (2006) stellt eine seltene Ausnahme dar.

- <sup>57</sup> King (2008) 21.
- <sup>58</sup> Der wesentliche Gewinn, den ein solcher Dialog bringen könnte, wäre, dass der PK vielleicht vom innovativen Rand des *Mainstream* bemerkt werden würde. Gerade in dem Hinweis auf die interessanten und herausfordernden Entwicklungen an den Rändern des *Mainstream* liegt in unseren Augen auch der eigentliche Wert der Beiträge von Colander et al.
- <sup>59</sup> Natürlich erfinden wir damit das Rad nicht neu. Viele PKÖ sind sich über die Bedeutung dieses Punktes durchaus bewusst. Um nur einige wenige Beispiele zu nennen, wären hier unter anderem zu erwähnen: das Levy Institute, das Political Economy Research Institute (PERI), die jährliche Konferenz des Forschungsnetzwerks Makropolitik (in Berlin). Auch viele Sonderausgaben des JPKE haben einen expliziten Politikfokus. Dieser Liste kann z. B. auch ein offener Brief von Paul Davidson und Henry Liu bezüglich der Reform der Finanzmärkte hinzugefügt werden (Davidson und Liu (2008)).
- <sup>60</sup> King (2002).
- <sup>61</sup> Fred Lee ist einer der wenigen, die dieses Anliegen aktiv vorantreiben.
- <sup>62</sup> Eine große heterodoxe Synthese mag das Ergebnis eines solchen Projektes sein, aber es ist bei Weitem nicht klar, ob die unterschiedlichen heterodoxen Ansätze konsistent sind. Selbst dies schließt aber problemzentrierte Kooperationen nicht aus.

## Literatur

- Aglietta, Michel, *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience* (London 1979).
- Akerlof, George, *The market for lemons*, in: *Quarterly Journal of Economics* 84/3 (1970) 488-500.
- Akerlof, George, *The missing motivation in: macroeconomics*. Preliminary Draft in: *Presidential Address American Economic Association* (Chicago, January 6, 2007).
- Arestis, Phillip; McCauley, Kevin; Sawyer, Malcolm, *An alternative stability pact for the European Union*, in: *Cambridge Journal of Economics* 25 (2001) 113-130.
- Arestis, Phillip; Demetriades, Panicos; Luintel, Kul, *Financial Development and Economic Growth: the role of stock markets*, in: *Journal of Money, Credit and Banking* 33/1 (2001) 16-41.
- Arestis, Phillip; Sawyer, Malcolm, *Re-examining monetary and fiscal policy for the twenty-first century* (Cheltenham 2004).
- Arestis, Phillip; Sawyer, Malcolm, *Aggregate Demand, Conflict and Capacity in the Inflationary Process* in: *Cambridge Journal of Economics* 29/6 (2005) 956-74.
- Ball, Laurence, *Aggregate Demand and Long-Run Unemployment*, in: *Brookings Papers on Economic Activity* 2 (1999) 189-236.
- Bhaduri, Amit; Marglin, Stephen, *Unemployment and the real wage: the economic basis for contesting political ideologies* in: *Cambridge Journal of Economics* 14/4 (1990) 375-93.
- Bhaduri, Amit, *Endogenous economic growth: A new approach*, in: *Cambridge Journal of Economics* 30/1 (2006) 69-83.
- Blecker, Robert, *International competition, income distribution and economic growth*, in: *Cambridge Journal of Economics* 13 (1989) 395-412.
- Bowles, Samuel; Gordon, David; Weisskopf, Thomas, *Power and Profits: The Social Structure of Accumulation and the Profitability of the Postwar US Economy*, in: *Review of Radical Political Economics* 1&2 (1986) 132-167.
- Bowles, Samuel; Gintis, Herbert, *Walrasian Economics in Retrospect*, in: *Quarterly Journal of Economics* 115/ 4 (2000) 1411-39.

- Boyer, Robert, *The Regulation School: A Critical Introduction* (New York 1990).
- Colander, David; Holt, Richard; Rosser, Barkley, The changing face of mainstream economics, in: *Review of Political Economy* 16/4 (2004) 485-499.
- Colander, David; Holt, Richard; Rosser, Barkley, The changing face of mainstream economics – Conversations with cutting edge economists (Ann Arbor, MI, 2006).
- Colander, David; Holt, Richard; Rosser, Barkley, Live and dead issues in the methodology of economics, in: *Journal of Post Keynesian Economics* 30/2 (2007-8) 303-312.
- Davidson, Paul; Liu, Henry, Open Letter: The Way Forward in: *Asia Times* (Nov. 8, 2008).
- Duménil, Gerard; Lévy, Dominique, Costs and benefits of Neoliberalism: a class analysis, in: *Review of International Political Economy* 8/4 (2001) 578-607.
- Dutt, Amitava, Stagnation, income distribution and monopoly power, in: *Cambridge Journal of Economics* 8 (1984) 25-40.
- Dutt, Amitava, On Post Walrasian Economics, Macroeconomic Policy, and Heterodox Economics, in: *International Journal of Political Economy* 33/2 (2005) 47-67.
- Dutt, Amitava, Aggregate demand, aggregate supply and economic growth, in: *International Review of Applied Economics* 20/3 (2006) 319-36.
- Fehr, Ernst; Fischbacher, Urs, Why Social Preferences Matter – The Impact of Non-selfish Motives on Competition, Cooperation and Incentives, in: *Economic Journal* 112 (2002) 1-33.
- Fontana, Giuseppe, Rethinking endogenous money: a constructive interpretation of the debate between horizontalists and structuralists, in: *Metroeconomica* 55/4 (2004) 367-385.
- Fontana Giuseppe; Gerrard, Bill, The Future of Post Keynesian Economics, in: *Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review* 59/236 (2006) 49-80.
- Frey, Bruno, Publishing as prostitution? – Choosing between one's own ideas and academic success, in: *Public Choice* 116/1-2 (2003) 205-223.
- Glyn, Andrew; Hughes, Alan; Lipietz, Alain; Singh, Ajit, The Rise and Fall of the Golden Age, in: Marglin, Stephen; Schor, Juliette (Hrsg.), *The Golden Age of Capitalism*. (Oxford 1990) 39-126.
- Glyn, Andrew, *Capitalism unleashed: Finance, Globalization and Welfare* (Oxford 2004).
- Harcourt, Geoff, Some Cambridge Controversies in the Theory of Capital, in: *Journal of Economic Literature* 7/2 (1969) 369-405.
- Hayes, Christoph, Hip Heterodoxy, in: *The Nation* (June 11, 2007).
- Hein, Eckhard, Money Distribution Conflict and Capital Accumulation. Contributions to 'Monetary Analysis' (Basingstoke 2008).
- Hein, Eckhard; Stockhammer, Engelbert, Macroeconomic policy mix, employment and inflation in a Post Keynesian alternative to the new consensus model (=Department of Economics Working Paper Series, WP 110, Vienna University of Economics, Wien 2007).
- Hein, Eckhard; Truger, Achim, European Monetary Union: nominal convergence, real divergence and slow growth?, in: *Structural Change and Economic Dynamics* 16 (2005) 7-33.
- IMF, Unemployment and labor market institutions: why reforms pay off. Chapter IV of *World Economic Outlook* (Washington, D. C., 2003).
- Kaldor, Nicholas, Alternative Theories of Distribution, in: *Review of Economic Studies* 23/2 (1956) 83-100.
- Kaldor, Nicholas, *The Scourge of Monetarism* (Oxford 1982).
- Kalecki, Michal, Political aspects of full employment, in: *Political Quarterly* 14/4 (1943) 322-31; Wiederabdruck in: Kalecki, Michal, *Selected Essays on the Dynamics of the Capitalist Economy* (Cambridge 1971).

- King, John, *A History of Post Keynesian Economics Since 1936* (Cheltenham 2002).
- King, John, Heterodox Macroeconomics: What exactly are we against?, in: Wray, Randall, *Keynes and macroeconomics after 70 years* (2008).
- Kindleberger, Charles; Aliber, Robert, *Manias, Panics and Crashes* (Basingstoke 2005).
- Lavoie, Marc, Do heterodox theories have anything in common? A Post-Keynesian point of view, in: *Intervention*, 3/1 (2006) 87-112.
- Lawson, Tony, Methodological Issues in the Study of Gender in: *Journal of International Economics Studies* 21 (2007) 1-66.
- Lawson, Tony, The nature of heterodox economics, in: *Cambridge Journal of Economics* 30 (2006) 483-505.
- Lazonick, William; O'Sullivan, Mary, Maximizing shareholder value: a new ideology for corporate governance, in: *Economy and Society* 29/1 (2000) 13-35.
- Levhari, David; Samuelson, Paul, The nonswitching theorem is false, in: *The Quarterly Journal of Economics* 80/4 (1966) 518-519.
- Lipietz, Alain, *The Enchanted World* (London 1985).
- Marglin, Samuel; Badhuri, A., Profit Squeeze and Keynesian Theory in: Marglin, Stephen; Schor, Juliet, *The Golden Age of Capitalism – Reinterpreting the Postwar Experience* (Oxford 1990) 153-186.
- Marglin, Stephen; Schor, Juliet, *The Golden Age of Capitalism* (Oxford 1990).
- Minsky, Hyman, Monetary Systems and Accelerator Models in: *American Economics Review* 47 (1957) 859-883.
- Minsky, Hyman, The Financial Instability Hypothesis: Capitalist Processes and the Behavior of the Economy, in: Kindleberger, Charles; Laffrague, Pierre (Hrsg.), *Financial Crises: Theory, History and Policy* (Cambridge 1982).
- Minsky, Hyman, *Stabilizing an unstable economy* (New Haven 1986).
- Moore, Basil, A simple model of bank intermediation in: *Journal of Post Keynesian Economics* 12/1 (1989) 10-28.
- OECD, *Employment Outlook 2006* (Paris 2006).
- Palley, Tom, *Post Keynesian Economics: debt, distribution and the macro economy* (Basingstoke 1996).
- Pollin, Robert, Two theories of money supply endogeneity: some empirical evidence in: *Journal of Post Keynesian Economics* 13, 3 (1991) 366-98.
- Power, Dorothy; Epstein, Garry; Abrena, Mathew, Trends in the rentier income share in OECD countries 1960-2000 (=PERI Working Paper 58a, 2003).
- Robinson, Joan, *The accumulation of capital* (London 1956).
- Rochon, Louis-Philippe, *Credit, Money and Production. An Alternative Post-Keynesian Approach* (Cheltenham 1999).
- Skott, Peter, On the modeling of systemic financial fragility, in: Dutt, Amit (Hrsg.), *New Directions in Analytical Political Economy* (Aldershot 1994).
- Skott, Peter, Financial innovation, deregulation, and Minsky cycles, in: Epstein, G.; Gintis, H. (Hrsg.), *Macroeconomic Policy after the conservative era* (Cambridge 1995).
- Smithin, John, *Macroeconomic Policy and the Future of Capitalism: The Revenge of the Rentiers and the Threat to Prosperity* (Cheltenham 1996).
- Solow, Robert, Brief Comments, in: *The Quarterly Journal of Economics*, 89/1 (1975) 48-52.
- Stiglitz, Joseph, The causes and consequences of the dependence of quality on price, in: *Journal of Economic Literature* 25 (1987) 1-48.
- Stiglitz, Joseph, *Whither Socialism?* (Cambridge 1994).
- Stiglitz, Joseph, The End of Neo-liberalism, in: *New Europe* (2008).
- Stockhammer, Engelbert, Some stylized facts on the finance-dominated accumulation regime in: *Competition and Change* 12/2 (2008a) 189-207.

- Stockhammer, Engelbert, Wage moderation does not work, in: Review of Radical Political Economy 39/3 (2008b) 391-97.
- Stockhammer, Engelbert: Is the NAIRU a Monetarist, New Keynesian, Post Keynesian or Marxist theory?, in: Metroeconomica 59/4 (2008c) 479-510.
- Weintraub, Sidney, A general theory of the price level, output, income distribution and economic growth (Westport 1959).
- Wolf, Martin, The rescue of Bear Stearns marks liberalisation's limit, in: Financial Times (March 25, 2008).
- World Bank, Building Institutions for Markets, in: World Development Report (Washington, D.C., 2002).
- World Bank, Equity and Development, in: World Development Report (Washington, D.C., 2006).

## Zusammenfassung

Der Postkeynesianismus (PK) befindet sich in einer kritischen Phase. Postkeynesianische ÖkonomInnen haben es in einem zunehmend feindlichen Klima an den Universitäten geschafft, sich in Nischen zu etablieren. Gleichzeitig hat aber auch eine interne Differenzierung des *Mainstream* stattgefunden. Darüber hinaus beginnen sich Nicht-*Mainstream*-ÖkonomInnen als heterodoxes Lager zu formieren. Bisher hat sich die Debatte über die Zukunft des PK vornehmlich mit der Beziehung zum *Mainstream* beschäftigt. In diesem Artikel wird hingegen argumentiert, dass diese Frage für die Zukunft des PK sekundär ist. Die dialektische Beziehung zwischen akademischer Hegemonie und ökonomischer (und sozialer) Stabilität ist in dem bisherigen Diskurs vernachlässigt worden. Krisenzeiten schwächen dominante ökonomische Paradigmen, und dies eröffnet heterodoxen Strömungen neue Möglichkeiten. Die kritische Frage dabei ist, ob der PK plausible Erklärungen für aktuelle sozioökonomische Entwicklungen zu bieten hat. Während der PK wertvolle Erkenntnisse in der monetären Makroökonomie und der mittelfristigen Wachstumstheorie geliefert hat, vernachlässigt er angebotsseitige Themen wie die zunehmende Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechnologien, die Globalisierung der Produktion, die Prekarisierung der Arbeitsbeziehungen, die Polarisierung der Einkommensverteilung und ökologische Fragen. Dies sind aber die Themen, welche die Zukunft des PK entscheiden werden.

**„Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen  
der Arbeiterkammer Wien“  
Reihe Band 13**

**Pensionskassen: Europa – Österreich  
Strukturen, Erfahrungen, Perspektiven**

**Thomas Zotter (Hrsg.)**

Thomas Zotter  
Einleitung

Paul E. Todd  
European developments and perspectives for supplementary pensions

Maria Jepsen  
Occupational pensions schemes and social partners: A European comparison

Lei Delsen  
Governance in Dutch pension funds

Bryn Davies  
The distribution of risk in UK pension funds

Josef Wöss  
Kommentar zu den Beiträgen von Paul E. Todd, Maria Jepsen, Lei Delsen und Bryn Davies

Thomas Url  
Marktstruktur und Performance der österreichischen Pensionskassen

Stefan W. Schmitz  
Governance-Struktur und Verteilung der Risiken im österreichischen Pensionskassensystem

Thomas Zotter  
Kommentar zu den Beiträgen von Thomas Url und Stefan W. Schmitz

Christian Böhm, Otto Farny, Martin Gleitsmann, Adolf Lehner  
Podiumsdiskussion: „Die 2. Säule in Österreich – quo vadis?“

Wien 2008, 158 Seiten, € 20,-.

Bestellungen bei: LexisNexis Verlag ARD Orac,  
A-1030 Wien, Marxergasse 25  
Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140, e-mail: verlag@lexisnexus.at